

Propeller im Sturm Windturbinen erzeugen so viel Energie wie nie – doch auch der Widerstand wächst

Gegenwind

Keine Abgase, keine Abfälle, hohe Rendite – es lohnt sich, aus Luftströmungen Strom zu machen. Doch in immer mehr Dörfern regt sich Protest gegen die grauen Riesenräder. Die Angst vor Lärm, verschandelten Landschaften und zersprungenen Fensterscheiben treibt viele Menschen auf die Barrikaden. Vom Kampf gegen Windmühlen

VON THOMAS HAHN

Holtsee – Birgit und Olaf Sass haben die Windmühlen kommen sehen, aber sie konnten nicht ahnen, welchen Ärger sie damit haben würden. Die Eheleute Sass leben seit zwanzig Jahren in einem lichten Haus am äußersten Rand von Holtsee, Kreis Rendsburg-Eckernförde. Sie sind beide studierte Landwirte und leidenschaftliche Gärtner. Er arbeitet im örtlichen Pflanzenzucht-Unternehmen, sie reitet gern. Die Natur ist ihnen wichtig, Windkraft als saubere Energiequelle finden sie grundsätzlich gut. Dann kamen die Windmühlen, und der Ärger begann.

Wenige Tage nachdem die ersten Windkraftwerke liefen, züngelten Risse durch eine der großen Fensterscheiben. Schaden: 6000 Euro. „In zwanzig Jahren war nie was passiert“, sagt Birgit Sass, „wir dachten, na ja, ist irgendwie Pech.“ Die nächsten Windräder kamen, drei Tage später war die nächste Scheibe kaputt, wieder 6000 Euro Schaden. „Da wurden wir hellhörig.“ Birgit Sass und ihr Mann beschwerten sich erfolglos beim Betreiber der Windmühlen. Im Dezember 2014 stand auch die zehnte und letzte Anlage. Nach einer Woche war wieder eine Scheibe kaputt, diesmal zahlte die Versicherung nicht mehr. „Dazu kam, dass wir drei Wochen konstant Wind hatten“, erzählt Birgit Sass. Die Räder liefen durchgängig, begleitet von einem deutlichen Fauchen. „Wenn Sie die zulässigen 45 Dezibel drei Wochen konstant Tag und Nacht haben, sind Sie völlig am Ende“, sagt Birgit Sass. Seither kämpfen die friedliebenden Eheleute Sass gegen Windmühlen.

Die Energiewende ist in Arbeit, und Windkraftwerke gelten als Teil der Lösung, die eines Tages riskante Atomkraftwerke und luftverschmutzende Kohleverbrennung überflüssig machen soll. Sie verursachen keine Abgase oder giftigen Abfälle, sie stehen da und greifen die Energie aus der Luft. Gerade die Nord-Bundesländer ernten fleißig Wind ab, weil er hier relativ zuverlässig übers flache Land weht. Windkraftwerke sind fast zu toll, um wahr zu sein, und tatsächlich sieht es so aus, als

Ausgerechnet die Technologie, die die Umwelt entlasten soll, ist nun für viele Menschen eine Belastung

setze derzeit bei Nachbarn solcher Windkraftanlagen eine Ernüchterung ein. Ausgerechnet die Technologie, welche die Umwelt entlasten soll, empfinden manche als Belastung. Umweltschützer scheinen gegen Umweltschützer anzutreten. Und man fragt sich, wie das passieren kann, dass Leute Rücken an Rücken stehen, die doch das gleiche Ziel haben.

Reinhard Christiansen, Schleswig-Holstein-Vorsitzender des Bundesverbandes Windenergie, gibt zu: „Wir haben leicht steigende Akzeptanzprobleme.“ Ernst Hansen, Leiter der Landesplanung in Schleswig-Holsteins Staatskanzlei, sagt zwar, Proteste gegen die Windkraft habe es

schon immer gegeben, und es seien auch nicht erkennbar mehr geworden, aber er räumt ein: „Der Widerstand ist institutionalisierter und damit vernetzter geworden.“ Das bestätigt sich, wenn man sich im Esszimmer der Eheleute Sass mit einigen Windkraftgegnern trifft. Anwesend sind unter anderen Susanne Kirchof, Vorsitzende des Vereins Gegenwind Schleswig-Holstein, und Mathias Werner von der Anfang Mai gegründeten Bürgerinitiative „WindVernunft Kiel“, die sich gegen Windkraft-Pläne in Kiel und Flintbek richtet.

„Es läuft aus dem Ruder“, sagen die Gegner. Es sei ein Geschäftsmodell für Wenige

Landschaftsverschandelung, Vogelschutz, Gesundheitsschäden durch Infraschall und Lärm, Rücksichtslosigkeit der Politik und Zweifel an der Sinnhaftigkeit verbindet die Runde mit der Windkraft. Frank Dreves aus Rieseby sagt als Delegierter der Landesversammlung im Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, dass einige Gastronomen „um ihre Existenz bangen, weil man riesige Windkraftanlagen vor ihre Häuser setzen will“. „Es läuft aus dem Ruder“, sagt der Windkraftgegner Armin Marx. „Es ist ein Geschäftsmodell für Wenige“, sagt Jürgen Bucksch, zweiter Bürgermeister von Schmalensee.

Reinhard Christiansen will es sich mit dem Widerstand nicht zu einfach machen, auch wenn er manches Gegenargument für konstruiert hält: „Man muss alle ernst nehmen.“ Christiansen, 62, ist Mitglied der Grünen, schon in den Achtzigern hat er sich als Kreisvorsitzender beim Bund Naturschutz mit Alternativen zu Atom- und Kohlekraftwerken beschäftigt. Seinerzeit hat er gegen die Politik für die Windenergie kämpfen müssen, heute ist er Geschäftsführer mehrerer gemeinschaftlicher Firmen zur Erzeugung regenerativer Energie, unter anderem des Bürgerwindparks in seinem Heimatdorf Ellhöft nahe der dänischen Grenze, den es seit 20 Jahren als GmbH & Co. KG gibt.

Bürgerwindparks sind für Christiansen die wichtigste Lösung für die Konflikte mit Windkraftgegnern. Weil die Bürger bei einem solchen Windpark nicht nur Beteiligte an den Einnahmen der Energieerzeugung sind, sondern auch Herren des Verfahrens. 51 Bürger sind am Windpark Ellhöft beteiligt, zusammen haben sie einst das Kapital für die Anlagen bewerkstelligt, waren über jeden Schritt informiert, fochten den verträglichsten Standort für die Mühlen im Norden der Gemeinde durch. „Und siehe da: Man freute sich, dass da Mühlen waren und dass sie sich drehten.“ Christiansen hat selbst Windräder vor der Haustür. Ein leises Grundrauschen liegt in der Luft. „Aber stört doch keinen“, sagt er. Warum das woanders nicht klappt? „Das kann ich Ihnen genau sagen“, sagt Christiansen: „Da kommt ein Planungsbüro und sagt zu einem Landwirt, du kriegst 60 000 Euro für einen Standplatz. Der Bauer ist



Die Energiewende ist in Arbeit, und Windräder gelten als Teil der Lösung. Kritiker beklagen negative Folgen für Mensch und Tier. Der Ärger der Anwohner entlädt sich immer öfter. FOTO: PATRICK PLEU/DPA

froh, dass er so viel Geld für sein Land bekommt. Das Planungsbüro baut fünf, sechs Mühlen auf, hat die Betriebsführung, lässt sich die Planung gut bezahlen und verkauft den Windpark weiter. Der Bürger ist nicht beteiligt oder wenn doch dann nur mit geringer Rendite.“

Der Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern der Windkraft belastet viele Dorfgemeinschaften. Aber der Ausbau schreitet voran. Und das hat nicht nur mit der Energiewende zu tun. In Mecklenburg-Vorpommern nennt Energieminister Christian Pegel (SPD) die Windenergie „eine riesige Reindustrialisierungs-Chance“. Die rot-schwarze Landesregierung will bis 2025 6,5 Prozent zur bundesweiten Energieversorgung beitragen, bei einem Windkraftanteil von bis zu 75 Prozent. „Wir zielen ganz klar auf nachhaltige Exporte in andere deutsche Bundesländer“, sagt Pegel. Mit Gesprächen und Informationsveranstaltungen versucht sein Haus, die Bedenken zu zerstreuen. Außerdem ist ein Bürgerbeteiligungsgesetz auf dem Weg, das Windanlagenbetreibern vorschreibt, Nachbarn im Umkreis von fünf Kilometern zu 20 Prozent am Windpark zu beteiligen.

Oft kommen Leute vorbei und schauen sich um, weil in ihrer Gemeinde Ähnliches geplant ist

In Schleswig-Holstein meldet das Umweltministerium, dass es jetzt schon seinen Strombedarf zu hundert Prozent mit erneuerbaren Energien decken könne. Bis 2025 will die Landesregierung die Leistung verdreifachen. Und dabei lässt sie sich auch nicht vom Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig bremsen, das Anfang des Jahres nach einem komplexen Prozess Windkraftpläne für den Süden und die Mitte des Landes kassierte. Das Land hat einen zweijährigen Ausbaustopp verfügt, um in Ruhe die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Windenergie-Ausbau neu auszuarbeiten zu können – aber Ausnahmegenehmigungen der Planungsbehörde sind ausdrücklich erlaubt.

Gut für Gemeinden, die Windkraft als Wirtschaftsfaktor entdeckt haben. Schlecht für Windkraftgegner. Und die Eheleute Sass? Die schauen durch das große Fenster auf der Rückseite ihres Hauses in die malerische Landschaft hinein und sehen das mechanische Rotoren-Ballett von zehn schlanken Riesen. Sie haben eine Umfrage in der Nachbarschaft gemacht. Ergebnis: „Mehr als 80 Anwohner“ fühlen sich belästigt. Die Gemeinde kennt die Umfrage. „Bisher keine Antworten“, sagt Olaf Sass. Stattdessen kommen viele Leute, die sich ein Bild von den Windmühlen machen wollen, weil in ihrer Nachbarschaft auch welche geplant sind. „Es ist ein richtiger Tourismus“, sagt Birgit Sass. Und Olaf Sass sagt: „Der Effekt der Windkraft ist mittlerweile so massiv auf uns, dass wir überlegen, das zu ändern.“ Es kann sein, dass die Eheleute Sass bald ausziehen aus ihrem schönen Haus in Holtsee.

„Ich habe unterschätzt, wie viel Zeit das alles kostet“

Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller über die Schwierigkeit, mehr Rotoren ins Land zu stellen

Der grüne Umweltminister Franz Untersteller wollte Baden-Württemberg nach dem Wahlsieg 2011 zum Musterland der Windenergie machen. CDU und FDP spotteten nun: viel Wind um nichts. Im Gespräch lässt Untersteller erkennen: Derart mühsam hatte er sich dieses Geschäft nicht vorgestellt.

SZ: Herr Untersteller, reagieren Sie schon allergisch, wenn Sie das Wort „Infraschall“ hören?

Franz Untersteller: Allergisch nicht, aber ich würde mir wünschen, man würde seriöser mit dem Thema umgehen. Kürzlich war zu lesen, in Dänemark stagniere der Windkraft-Ausbau wegen der offenen Gesundheitsfragen vor allem in Bezug auf Infraschall. Nerze würden sich wegen des Infraschalls einer Windkraftanlage gegenseitig umbringen. Wir haben nachgefragt und die Antwort erhalten: stimmt nicht.

Infraschall ist Schall unterhalb der Wahrnehmungsschwelle – das derzeit am häufigsten genutzte Argument von Gegnern der Windkraft. Ist das Panikmacher?

Man muss das Thema ernst nehmen. Wir haben eine Studie in Auftrag geben. Das Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz hat fünf Windkraftanlagen untersucht. Ergebnis: Im Abstand von 700 Metern merken Sie keinen Unterschied mehr, ob die Anlage in Betrieb ist oder nicht. Der Infraschall kommt vom Wind als solchem. Überspitzt ausgedrückt: Vorsicht, wenn Sie an der Nordsee Urlaub machen, weil dort der Wind stark bläst!

Ihre Planungsbehörden klagen über die vielen Einsprüche. Haben Sie den Widerstand unterschätzt?

Nein. Nach Fukushima gab es die Aufbruchstimmung, jetzt stecken wir eben in der Mühe der Ebene. Die Vorgängerregierungen haben die Windkraft negativ belegt, auch deshalb gibt es hier eine Klientel, die diese Technologie verteidelt. „Verspargelung der Landschaft“. Aber wir haben den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und wir müssen gegen den Klimawandel angehen. Die G 7 haben gerade

das Ziel bestätigt: Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Allein mit Effizienzsteigerung und Einsparung geht das nicht. Wir brauchen Solarenergie, Wasserkraft, Biomasse und Windkraft.

Noch ist Baden-Württemberg deutsches Schlusslicht in Sachen Windkraft. Die Opposition nennt Sie „Flauten-Franz“.

Ach, der Herr Rülke (gemeint ist der Landtagsabgeordnete Hans-Ulrich Rülke, Anm. d. Red.) von der FDP neigt halt zu solchen Begrifflichkeiten. Mein Stil ist das nicht.

Sie sprachen beim Amtsantritt von 1100 oder 1200 Anlagen, die es bis 2020 hier geben werde. Derzeit stehen 400. Haben Sie die Ansage schon bereut?

Na, bereut wäre zu viel gesagt, aber es ist richtig, die Zahl 1200 verfolgt mich. Aber in der Mediengesellschaft muss man Politik eben anschaulich machen. Im Koalitionsvertrag steht lediglich, wir wollen bis 2020 zehn Prozent des Energiebedarfs im Land mit Windkraft bestreiten, das ist die maßgeblich Zahl. Wie viele Anlagen man dafür braucht, weiß niemand genau, denn sie werden ja immer leistungsstärker.

Sie sind immer noch erst bei einem Anteil von zwei Prozent. Warum?

Man muss sehen: Als ich ins Amt kam, gab es keine Standorte mehr, auf denen wir Windkraftanlagen hätten errichten können. 99 Prozent des Landes waren Anschlussgebiet. Wir mussten das Landesplanungsgesetz novellieren, hin zur sogenannten Weiß-Grau-Systematik. Die Regionalverbände haben nun den Auftrag, „weiß“



Franz Untersteller, 58, gebürtiger Saarländer, zählt zu den führenden Köpfen der Anti-Atomkraft-Bewegung. Schon in seiner Diplomarbeit als Landschaftsarchitekt schrieb er gegen das Kernkraftwerk Wylh am Kaiserstuhl an. FOTO: DPA

Vorranggebiete zu beplanen, und auf der verbleibenden grauen Fläche können Kommunen selbst im Rahmen der Flächennutzungsplanung Windkraftstrom erzeugen. Was ich unterschätzt habe: Wie viel Zeit das alles kostet. Außerdem gab es keine Unterlagen darüber, wo es Windkraft-relevante Tierarten gibt. Also mussten wir erst einmal Daten erheben.

„Niemand muss Angst haben, dass unsere Kulturlandschaft unter die Räder kommt.“

Über den Rotmilan zum Beispiel. Der Greifvogel ist neben dem Infraschall das größte Thema in Ihrem Land. Wie verhindern Sie, dass er in Windrädern gerät?

Grundsätzlich gilt: Wir schützen den Rotmilan in seinem Lebensraum. Erst jetzt haben wir Hinweisblätter erstellt, in denen wir erläutern, wie mit windkraftempfindlichen Vogelarten bei der Planung umzugehen ist.

Im März wird wieder gewählt. Verprellen Sie mit Ihren Windanlagen nicht die Naturschützer, eine typisch grüne Klientel?

Als gelernter Landschaftsplaner sage ich: Die Landschaft hat sich in der Geschichte der Menschheit immer verändert, das wird schon allein aufgrund des Klimawandels weitergehen. Wir brauchen in Baden-Württemberg, um zehn Prozent Energie-Anteil zu erreichen, ein bis zwei Prozent der Landesfläche. Da muss niemand Angst haben, dass unsere Kulturlandschaft unter die Räder kommt.

Und wie wollen Sie im Wahlkampf die Windkraft-Freunde besänftigen?

Voriges Jahr haben wir fast 100 Anlagen genehmigt, das ist mehr als das Neunfache dessen, was wir zuvor pro Jahr genehmigt haben. Seit Beginn dieses Jahres sind

250 Anlagen im Genehmigungsverfahren, das ist von der Leistung her mehr, als in Baden-Württemberg über die Jahre hinweg gebaut wurde. Ende des Jahres, wenn einige Anlagen hoffentlich in Bau gehen, werden wir zeigen können: Die Windkraft hat eine Zukunft in Baden-Württemberg.

Die Opposition sagt: Windkraft lohnt sich in Baden-Württemberg gar nicht. Das Land sei zu windarm.

Wenn Sie in den Windatlas schauen, dann werden Sie erkennen, dass bei einer Nabenhöhe von 120 bis 130 Metern Baden-Württemberg in vielen Teilen sehr wohl ein Windenergieland ist. Außerdem: Windenergie ist die günstigste erneuerbare Energie, mit sechs bis acht Cent pro Kilowattstunde. Warum sollten wir darauf verzichten?

Was, glauben Sie, werden CDU und FDP mit ihren Wind-Plänen machen, falls sie die Wahl gewinnen?

Warum sollte ich darüber nachdenken? Was mich mehr umtreibt, ist der bundesgesetzliche Rahmen. Im Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem EEG, wird es künftig Ausschreibungsmodelle geben. Wenn man da nicht korrigierend eingreift, werden sich alle Investoren auf die rentableren Standorte in Norddeutschland stürzen. Ich habe jetzt mit fünf Ministerkolleginnen und -kollegen aus anderen Bundesländern Vorschläge gemacht: Wir brauchen mindestens 40 Prozent der Mittel im Süden, um einen gleichmäßigen Ausbau der Windenergie zu gewährleisten.

Die zuständige bayerische Ministerin Ilse Aigner war auch dabei?

Nein. Man muss ja sehen: Die CSU hat jetzt nicht mehr bloß Vorbehalte gegenüber den Trassen, die uns Windenergie aus dem Norden liefern. Da hat sich der Wind auch bei der Windenergie selbst gedreht. Der Abstand zur Wohnbebauung muss in Bayern künftig das Zehnfache der Anlagenhöhe betragen. Zwei Kilometer. Wo bleibt da noch Platz für eine Windkraftanlage?

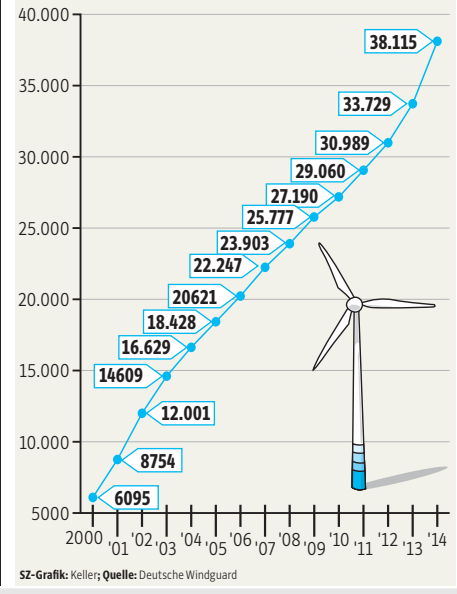
INTERVIEW: JOSEF KELNBERGER

Industrie auf hoher See

Das Wachstum der Windenergie übertrifft alle Prognosen

Berlin – Es gibt in deutschen Häfen Schiffe, die laufen morgens mit einem halben Dutzend Türmen für Windräder aus – und pflanzen auf hoher See Turm für Turm. Andere Schiffe fahren da draußen ihre Stelzen aus, verankern sich am Meeresboden – um dann mit einem Kran Gondeln auf die Türme zu setzen, vor denen sich dann später die Rotoren drehen. So geht das mittlerweile zu auf dem Meer. „Wir sind jetzt in der Phase der Industrialisierung“, sagt Sigmar Gabriel, der Bundeswirtschaftsminister von der SPD.

Örtliche Bürgerinitiativen gibt es auf dem Meer keine, dafür aber recht stetigen Wind. Inzwischen gibt es sogar Windräder mit den dazugehörigen Stromleitungen zum Festland – diese waren in der Vergangenheit mitunter Mangelware. Fünf Jahre lang ging der Ausbau zur See nur schleppend voran, seit dem vorigen Jahr boomt er regelrecht. 400 Windräder wurden neu errichtet oder in Betrieb genommen, weitere zwei Gigawatt kommen in diesem Jahr voraussichtlich hinzu – das entspricht der Leistung zweier Atomkraftwerke. Das



passt zur Planung für die Windkraft zur See: Bis 2020 sollen den aktuellen Regierungsplänen zufolge Windräder mit einer Leistung von 6,5 Gigawatt in Nord- und Ostsee stehen. „Wir sind ziemlich sicher, dass wir das erreichen“, heißt es beim Branchenverband BWE. Womöglich sogar deutlich vor 2020.

Auch an Land werden derzeit alle Prognosen übertroffen. Damit die Energiewende stetiger fortschreitet, peilt der Bund hier jährlich neue Windräder mit einer Kapazität von 2,5 Gigawatt an. Doch die aktuelle Prognose der Branche liegt bei 4,2 Gigawatt – mit guten Chancen, die auch zu schaffen. Das entspricht rund 1600 neuen Windrädern allein in diesem Jahr – allerdings werden mancherorts im Gegenzug auch alte Anlagen abgebaut. Bei dem sogenannten Repowering verschwinden kleine, ältere Windräder. Sie werden dann durch größere ersetzt, die im Schnitt etwa viermal so viel Strom erzeugen können. Da ein großer Teil der deutschlandweit 25 000 Windräder zu Beginn des Jahrtausends errichtet wurde, gäbe es hier durchaus noch einiges zu holen. Im vorigen Jahr wurden so an die 400 Anlagen ersetzt.

Rund neun Prozent des deutschen Stroms werden mittlerweile aus Windkraft erzeugt, die großen Windparks im Meer sind da noch nicht eingerechnet. Sie haben sich auch noch nicht im Konto des Fördergesetzes EEG niedergeschlagen. Das Konto, auf das Stromkunden über die sogenannte EEG-Umlage einzahlen, finanziert die garantierten Vergütungen für den Ökostrom. Im Mai lag es mit 4,8 Milliarden Euro im Plus, ein Rekordwert für diese Jahreszeit.

Noch ist aber unklar, wie sich die teuren See-Windparks hier am Ende bemerkbar machen – weshalb das Wirtschaftsministerium schon an der nächsten Reform arbeitet: Künftig sollen sich die Windpark-Betreiber in spe per Ausschreibung um den Zuschlag bewerben. Bauen dürfen dann diejenigen, die mit den geringsten Fördersätzen auskommen. Das soll die Preise senken. Kleine Bürger-Projekte tauchen in dieser Art Rationalisierung kaum noch auf. MICHAEL BAUCHMÜLLER

thomhab
SZ20150707S273871